



Stadtparlament

9201 Gossau
www.stadtgossau.ch
info@stadtgossau.ch



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2001 - 2004

25. Sitzung

Dienstag, 3. Februar 2004, 17.00 bis 19.00 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Ernst Ziegler (SVP)
Anwesend Stadtparlament	29 Mitglieder
Entschuldigt	Angela Drittenbass-Tölle
Anwesend Stadtrat	7 Mitglieder

Traktanden

- 25.01 Bürgerrechtsgesuche 2004/1
- 25.02 Untersuchungsamt; Kredit für Neubau
- 25.03 Motion „Ombudsstelle“
- 25.04 Aufstockung Foyer Buechenwald, Kredit
- 25.05 Interpellation Roman Weibel „Lastwagenfahrverbot Lagerstrasse“; Beantwortung
- 25.06 Gemeindeordnung 1. Nachtrag / Wasserreglement / Elektrizitätsreglement / Gasreglement; Einsetzung Vorberatende Kommission
- 25.07 Neue Parlamentarische Vorstösse

25.01**Bürgerrechtsgesuche 2004/1**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Einbürgerungsrates vom 12. Januar 2004 mit folgendem Antrag:
Den nachstehend aufgeführten Personen wird das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht erteilt:

Aus Datenschutzgründen werden die Daten der Einbürgerungskandidaten nach der Behandlung des Geschäftes entfernt.

Eintretensdiskussion:

Roman Weibel (FLiG) weist darauf hin, dass das Verfahren mit dem neuen Bürgerrechtsgesetz geändert werden soll. Das Parlament soll deshalb nicht erneut eine Verfahrensdiskussion führen. Die vorgelegten Gesuche sind alle in Ordnung und können zur Einbürgerung empfohlen werden.

Stadtrat Pius Keller orientiert aus der Arbeit des Einbürgerungsrates. Der Rat hat total 55 Gespräche geführt. 3 Gesuche wurden von den Bewerbern zurückgezogen, 16 wurden zurückgestellt wegen mangelnder Sprachkenntnisse. Zwei Gesuche wurden ohne Gespräch abgelehnt.

Detalldiskussion

Nicht gewünscht

Beschluss des Stadtparlamentes

Den Einbürgerungen wird mehrheitlich zugestimmt mit einigen Enthaltungen.

25.02**Untersuchungsamt; Kredit für Neubau**

Grundlage ist der Antrag der Baukommission vom 8. Januar 2004, lautend wie folgt:

1. *Für den Bau des Untersuchungsamtes wird ein Baukredit von CHF 3'290'000 inkl. MwSt. erteilt.*
2. *Der Kredit wird erteilt unter dem Vorbehalt, dass*
 - a) *der Kanton seinen Kostenanteil von CHF 1'380'000 verbindlich zusichert;*
 - b) *die Vermietung des Objektes für mindestens 10 Jahre zu einem Preis von CHF 200/m² (nebst Nebenkosten) vertraglich sichergestellt ist.*

Eintretensdiskussion

Johnny Ochsner erläutert die Haltung der Baukommission. Das Objekt soll in das Finanzvermögen der Stadt aufgenommen werden.

Hildegard Manser (LdU/SP) beantragt Eintreten.

Detalldiskussion

Albert Lehmann (CVP) stellt fest, dass für das Gebäude mit 24 Arbeitsplätzen nur 8 neue Parkplätze vorgesehen sind. 12 bestehende Parkplätze werden durch das Bauvorhaben verschwinden. Total sind mindestens 20 Parkplätze nötig. Er stellt deshalb folgenden Antrag:

Der Kredit wird erteilt unter dem Vorbehalt, dass

- c) *Im Rahmen des Neubaus neben den im Projekt aufgeführten Parkplätzen zwölf weitere Parkiermöglichkeiten für den ruhenden Verkehr geschaffen werden.*

Alfred Zahner (FLiG) findet, dass nicht allen Angestellten ein Parkplatz zur Verfügung gestellt werden muss. Die Anreise kann mit dem OeV erfolgen.

Stefan Schmid (LdU/SP) beantragt Ablehnung. Der Verkehr im Zentrum soll reduziert werden.

Abstimmung über den Antrag Albert Lehmann:

Angenommen mit 16 Ja zu 13 Nein.

Abstimmung über die Anträge der Baukommission:

Einstimmig angenommen.

25.03

Motion „Ombudsstelle“

Grundlage ist der Antrag der Vorberatenden Kommission vom 23. Januar 2004 mit folgenden Anträgen für den 2. Nachtrag zur Gemeindeordnung:

Neuer Zwischentitel „V.bis Ombudsperson“

Art. 51 bis (neu)

Ombudsperson

Das Stadtparlament kann eine Ombudsperson einsetzen.

Die Ombudsperson prüft:

- a) *Beanstandungen _____ gegen die Stadtverwaltung und die städtischen Schulen;*
b) *Beschwerden des Städtischen Personals, die das Arbeitsverhältnis betreffen.*

Sie kann die erforderlichen Abklärungen treffen, den Beteiligten für ihr weiteres Verhalten Rat erteilen, Vorschläge für eine einvernehmliche Lösung machen und nötigenfalls eine schriftliche Empfehlung zu Händen der zuständigen Behörde erlassen.

Das Nähere ordnet ein Reglement.

Art. 54ter (neu)

In-Kraft-Treten

Der Stadtrat bestimmt das In-Kraft-Treten des 2. Nachtrages.

Eintretensdiskussion

Trudi Weibel (FLiG) berichtet als Präsidentin aus der Vorberatenden Kommission.

Hubert Füllemann (FDP) beantragt im Namen der Fraktion Nichteintreten. In der Schweiz gibt es nur wenige Ombudsstellen. Eine Ombudsstelle im Bund wird schon seit 30 Jahren diskutiert. Die Probleme in Gossau sind nicht vergleichbar mit jenen in grossen Städten.

Erika Schweiss (LdU/SP) unterstützt im Namen der Fraktion Eintreten. Vielleicht hätte mit einer Ombudsstelle die Situation im Altersheim Espel vermieden werden können.

Roman Weibel (FLiG) unterstützt Eintreten. Mit einer Ombudsstelle kann viel Geld gespart werden, wenn Verfahren vermieden werden können.

Stefan Schmid (LdU/SP) findet, dass Ombudsstellen einem Trend entsprechen, private Organisationen haben solche Stellen geschaffen. Eine Ombudsstelle ist eine Chance für das Image von Gossau.

Paul Egger (CVP) erläutert, dass heute nur der Antrag an das Volk zur Diskussion steht. Das Parlament behält die Möglichkeit für die Schaffung oder Abschaffung der Stelle.

Benno Koller (SVP) fürchtet die nicht abschätzbaren Kosten. Der haushälterische Umgang mit Geld verlangt Nichteintreten auf die Vorlage. Die Leitsätze der Stadtentwicklung geben vor, wie sich die Verwaltung zu verhalten hat.

Hansueli Ruesch (SVP) fürchtet Missbrauch der Stelle. Aus Kostengründen unterstützt er Nichteintreten.

Martin Keller (CVP) weist darauf hin, dass die Stelle nur geführt wird, wenn ein Bedürfnis da ist. Eine Ombudsstelle hört sich die Anliegen an, sie ist Kunden freundlich.

Patrick Scheiwiler (CVP) argumentiert, dass nur wenig Kosten entstehen werden, wenn wenig Probleme vorhanden sind. Die Ombudsstelle wird nur bei Bedarf tätig. Das Führen von Gerichtsverfahren ist teurer.

Roland Seiler (SVP) findet, dass eine Ombudsstelle die Probleme im Altersheim Espel nicht hätte verhindern können. Die Kosten einer solchen Stelle können heute nicht abgeschätzt werden.

Stefan Schmid (LdU/SP) stört, dass die Ablehnung vor allem mit Sparen begründet wird.

Hanspeter Fröhlich (FDP) beantragt ebenfalls Nichteintreten.

Abstimmung über Eintreten:

Eintreten beschlossen mit 18 Ja, 10 Nein und 1 Enthaltung.

Detalldiskussion:

Nicht gewünscht.

Abstimmung über die Anträge der Vorberatenden Kommission:

Zustimmung mit 18 Ja, 8 Nein und 3 Enthaltungen.

25.04**Aufstockung Foyer Sporthalle Buechenwald; Kredit**

Grundlage ist der Antrag der Baukommission vom 5. November 2003 mit folgendem Antrag:
Für die Aufstockung des Foyers der Sporthalle Buechenwald wird ein Kredit von 525'000 Franken inkl. MwSt. bewilligt.

Eintretensdiskussion

Johnny Ochsner erläutert die Haltung der Baukommission.

Peter Bernhardsgrütter (CVP) erkundigt sich, weshalb noch nicht mit dem Garderoben-Neubau begonnen wurde.

Urs Kempter (CVP) unterstützt den Antrag der Baukommission. Störend ist, dass bereit über die 2. Vorlage abgestimmt werden muss, ohne dass die weitere Sportstättenplanung bekannt ist. Die Ausbauten müssen in das Konzept Sportstätten einfließen.

Benno Koller (SVP) unterstützt die Vorlage. Der neu geschaffene Raum wird sich für verschiedene Zwecke nutzen lassen.

Hildegard Manser (LdU/SP) beantragt Eintreten.

Franziska Burch (CVP) unterstützt die rasche Realisierung des Bauvorhabens. Sie wünscht, dass ihr hängiges Postulat „Sportstättenplanung“ nächstens angegangen wird.

Ruedi Zingg (CVP) unterstützt ebenfalls eine zügige Realisierung. Es stört ihn, dass mit dem Garderobenneubau noch nicht begonnen wurde, obwohl der Kredit am 1.7.2003 erteilt wurde.

Stadträtin Madeleine Stuker stellt die Beantwortung des Postulates „Sportstättenplanung“ auf Mitte 2004 in Aussicht. Die Detailplanung der Garderoben hat sich leider verzögert. Für die Aufstockung des Foyers werden voraussichtlich die Sommerferien 2004 genutzt werden müssen.

Ruedi Zingg (CVP) will, dass der Stadtrat Termine einhält, die er in einer Bauvorlage genannt hat. Falls dies nicht möglich ist, soll die Abweichung kommuniziert werden.

Abstimmung über die Anträge der Vorberatenden Kommission:

Einstimmig zugestimmt.

26.05**Interpellation Roman Weibel (FLiG) „Lagerstrasse für Lastwagen schliessen“**

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 19. Dezember 2003.

Der Interpellant ist mit der Antwort des Stadtrates zufrieden. Seine nachträglichen Abklärungen haben ergeben, dass die Schliessung der Lagerstrasse bisher in keiner Baubewilligung verfügt worden ist.

26.06**Gemeindeordnung vom 10. Dezember 1998; 1. Nachtrag, Einsetzung Vorberatende Kommission**

Gewählt sind:

CVP	Lehmann Albert	Präsident
CVP	Bernhardsgrütter Peter	Mitglied
CVP	Zingg Ruedi	Mitglied
FLiG	Weibel Roman	Mitglied
FDP	Ochsner Johnny	Mitglied
SVP	Seiler Roland	Mitglied
LdU/SP	Schmid Stefan	Mitglied

Ordnungsantrag

Vor Schluss der Sitzung stellt **Claudia Meier-Uffer (FLiG)** den Ordnungsantrag, es sei auf das Traktandum „Untersuchungsamt, Kredit für Neubau“ zurückzukommen, um die Finanzierung des Zusatzantrages Albert Lehmann zu regeln.

Das Präsidium stellt fest, dass kein Rückkommen mehr möglich ist, weil das Geschäft abgeschlossen ist. Falls nötig, hätte der Stadtrat einen Zusatzkredit zu beantragen.

26.07**Neue Parlamantarische Vorstösse**

Einfache Anfrage Hans Züst (FDP) „Regiobus-Kurs Cinedome“

Dieses Protokoll wurde vom Präsidium am 10. Februar 2004 genehmigt.

Ernst Ziegler
Präsident

Toni Inauen
Stadtschreiber